

Mehr Transparenz für Europa

von Rotger H. Kindermann

Vorsitzender der Vereinigung Europäischer Journalisten (Deutsche Sektion – www.europajournalisten.de)

und Vizepräsident der „European Journalists Association-The Communication Network“ (www.european-journalists.eu)

Er berichtet über den neuen Europafrust und die Bedeutung der Pressefreiheit für die Demokratie des Kontinent. Eine ausführliche, objektive lesenswerte Analyse.

In: Berliner Journalisten Nr. 3/2010 / 7. Jahrgang - www.berliner-journalisten.com



Der Sternenkrans auf der tiefblauen Europafahne verliert seine Leuchtkraft. Diese Erkenntnis ist nicht neu, wird aber viel deutlicher in der Öffentlichkeit wahrgenommen, seit durch die Euro-Finanzkrise klar erkennbar ist, wie sehr Europa gegen seine selbst aufgestellten Regeln verstößt.

Rotger H. Kindermann, seit 1994 Vorsitzender der Vereinigung Europäischer Journalisten (Deutsche Sektion) und seit 2003 Vizepräsident der European Journalists Association, über den neuen Europa-Frust und die Bedeutung der Pressefreiheit für die Demokratie dieses Kontinents.

Im Jahr 1962, als die Vereinigung Europäischer Journalisten (VEJ) gegründet wurde, war alles anders. Es gab keinen Europa-Frust, stattdessen ein starkes Verlangen der Bürger nach einem politischen Zusammenwachsen unseres Kontinents, nach Integration, vor allem nach politischen Mechanismen, die neue Kriege verhindern. So trafen sich im Mai 1962 über siebenzig Journalistinnen und Journalisten aus den sechs EWG-Staaten in San Remo, um die Gründungsurkunde der VEJ zu unterzeichnen und den Aufbau nationaler Sektionen in ihren Ländern vorzubereiten. Am 21. September 1962 – kurz bevor der Kalte Krieg durch die Kuba-Krise gefährlich eskalierte – wurde die deutsche Sektion der VEJ auf Schloss Lerbach bei Köln gegründet.

Im Rückblick auf die vergangenen 48 Jahre lässt sich feststellen, dass dem Beitritt eines Landes in die Europäische Union häufig die Gründung einer nationalen VEJ-Sektion vorausging. Das öffentliche, durch die Medien geprägte, Meinungsbild war mitentscheidend. Heute organisieren sich über 1.400 Journalistinnen und Journalisten aus achtzehn Ländern, die von der europäischen Integration überzeugt sind, in der VEJ, und bilden ein gemeinsames Netzwerk. Die Strukturen des europäischen Dachverbandes konnten entsprechend den Integrationsfortschritten weiter entwickelt werden. Nach der neuen in Luxemburg eingetragenen Satzung wurden die nationalen

Sektionen abgeschafft. Jedes nationale Mitglied ist jetzt zugleich persönliches Mitglied in der „European Journalists Association“ (EJ).

An den Zielen und Grundsätzen des Verbandes hat sich in all den Jahren nichts geändert. In der VEJ arbeiten Journalisten und Angehörige von Medienberufen (Pressesprecher, Bildreporter, Medienwissenschaftler) mit, die von der Notwendigkeit der europäischen Einigung auf demokratischer Grundlage überzeugt und bereit sind, die Presse- und Informationsfreiheit in Europa zu verteidigen. Es gehört ferner zu den Zielen der Vereinigung

- an der Bildung eines europäischen Bewusstseins aktiv mitzuwirken,
- Kenntnisse über die europäische Integration zu vermitteln,
- den Mitgliedern den Zugang zu Informationen über europäische Fragen zu erleichtern und
- das Verständnis für die Probleme anderer europäischer Völker und Minderheiten zu fördern.

Die Bildung eines europäischen Bewusstseins kann nur gelingen, wenn die Rahmenbedingungen nach den Regeln von Demokratie und Gewaltenteilung reibungslos funktionieren und die Politik von einer freien und kritischen Presse begleitet wird. Pressefreiheit ist kein Gut, das verordnet werden kann. Es ist ein Grundrecht, das zu einer demokratischen Gesellschaft gehört, vor allem von Journalisten genutzt wird und für sie mit einer Pflicht verbunden ist. Diese Pflicht heißt, nach bestem Wissen und Gewissen zu berichten und zu recherchieren. In vielen Ländern Osteuropas ist dieser Lernprozess noch lange nicht abgeschlossen. Dies gilt besonders für Russland und den aus der UdSSR entstandenen Nachfolgerepubliken. Hier muss Medienfreiheit nicht wieder hergestellt werden, es hat sie faktisch nie gegeben.

Die fundamentale Bedeutung von kritischem Journalismus für eine stabile Demokratie zu erkennen, ist ein schwieriger und langwieriger Prozess. Die VEJ steht darüber mit den Kolleginnen und Kollegen aus den jungen Beitrittsländern in einem permanenten Dialog. So finden Kongresse und Tagungen unter anderem zu Themen wie institutioneller Pressefreiheit, Rechtsstaatlichkeit, Integration oder Minderheitenpolitik statt.

Zu den Generalversammlungen trafen wir uns in den letzten Jahren vorwiegend in Hauptstädten Osteuropas – in Warschau, Bratislava, Budapest, Belgrad und Bukarest, der Vorstand der European Journalists in Riga und in Lodz. Damit setzen wir nicht nur ein Zeichen, dass Letten oder Polen in Europa willkommen sind. Wir können auch prüfen und erkennen, wie europäische Fördermittel durchaus sinnvoll eingesetzt werden: für die Entwicklung einer demokratischen Gesellschaft, für eine nachhaltige Umweltpolitik oder für den Erhalt wertvoller Kulturdenkmäler. Die deutsche Sektion hilft hier ganz praktisch. So wird die Teilnahme von jungen Journalistinnen und Journalisten aus Mittel- und Osteuropa (MOE-Länder) an den Europa-Seminaren des Bonner Gustav-Stresemann-Institutes von uns gesponsert. Mit den kroatischen Kollegen pflegen wir eine intensive Partnerschaft.

Betrachten wir die europäische Entwicklung im Medienbereich, müssen wir einen Verfall der Pressefreiheit feststellen. Zwar besetzen europäische Staaten, allen voran die Skandinavier, die ersten zwanzig Plätze der aktuellen Rangliste von „Reporter ohne Grenzen“. Aber es ist beunruhigend, dass Staaten wie Frankreich, Italien, Tschechien und die Türkei erheblich abgerutscht sind. Begründet wird diese Entwicklung höchst unterschiedlich: Mit

repressiven, Gewalt androhenden Tendenzen, mit steigendem Einfluss der Mafia, mit monopolistischen Strukturen oder staatlichen Schikanen. Mehr als ärgerlich sind Zustände, wie wir sie heute im Nachbarland Frankreich vorfinden. Laut einer Umfrage glauben sechzig Prozent der Franzosen, Journalisten seien käuflich. 66 Prozent halten die Vertreter der Meinungsfreiheit obendrein für abhängig vom Einfluss der Regierung und der Parteien. Die Umfrage belegt das Unbehagen der Franzosen über die skandalösen Beziehungen zwischen Politik und Medien und über die zunehmende Einflussnahme des Präsidenten bei der Besetzung von Schlüsselpositionen in Hörfunk und Fernsehen. Besorgniserregend ist in Frankreich außerdem die Medienkonzentration. Zwei international agierende Mischkonzerne betreiben das Mediengeschäft quasi nebenbei und sichern so ihren politischen und öffentlichen Einfluss.

Ein Blick nach Italien verspricht ebenfalls nichts Gutes. Ende vergangenen Jahres demonstrierten Zehntausende in Rom gegen die Gängelung der Medien, unsere italienischen Kollegen haben sich aktiv daran beteiligt. Erstmals hat das Europaparlament aus aktuellem Anlass über die Gefahren für eine freie Presse diskutiert und die weitreichende Kontrolle Berlusconis angeprangert. Italien ist in Europa das einzige demokratische Land, in dem der mächtigste Medienunternehmer zugleich Regierungschef ist. Wie in der Finanzkrise, so offenbart sich auch beim Schutz der Pressefreiheit eine ähnliche Fehlentwicklung: Europäische Regierungen missachten die eigenen Regeln und Standards sträflich.

Ein weiteres Problem darf ebenfalls nicht unerwähnt bleiben. Die Europäische Union erscheint in den Medien vor allem als Wirtschaftsgemeinschaft und nicht als Wertegemeinschaft. Diese Erkenntnis aus dem eigenen Mitgliederkreis deckt sich mit dem Ergebnis eines dreijährigen Forschungsprojektes der Universität Dortmund. Wertethemen wie Soziales (4 Prozent), Kultur und Wissenschaft (5 Prozent), oder humanitäre Fragen (4 Prozent) machen nur einen Bruchteil der gesamten europäischen Berichterstattung aus. Professor Kopper, der Leiter des Forschungsprojektes, erklärt: „Die EU präsentiert sich gegenüber den Bürgern gerne als Wertegemeinschaft. Die Menschen nehmen sie aber in der Berichterstattung so nicht wahr. In den Medien ist die EU vor allem eine Institution mit ökonomischen Auswirkungen. Das Kommunikationschaos zwischen EU und Bürgern ist gewaltig.“ Die Auswahl der EU-Themen unterliegt vorwiegend den Entscheidungen der nationalen Redaktionen. So werden auch europarelevante Themen journalistisch mit der nationalen Brille analysiert und nicht mit der europäischen. Das Motto: Welche Vorteile / Nachteile hat mein Land?

Trotz starker personeller Ausdünnung des Nachrichtenplatzes Brüssel (2005: 1.300 Korrespondenten; heute etwa 900), verfügt die europäische Hauptstadt immer noch über eine hohe Korrespondentendichte. Der dort vorhandene Sachverstand wird aber zu wenig genutzt. Die Mehrzahl aller EU-Berichte entsteht in den Heimatredaktionen. Gewiss, die Beschreibung europäischer Politikprozesse ist wesentlich schwieriger und komplizierter, ihre Abläufe durch Kommission, Ministerrat, Europaparlament, EP-Ausschüsse, etc. dauern erheblich länger. Sie sind komplex und manchmal mühsam zu erklären. Gerade deshalb muss die Kompetenz der EU-Korrespondenten in den Verlagen besser genutzt werden. Europathemen brauchen einen höheren Stellenwert. Tageszeitungen und Politikmagazine sollten sie nicht nur unter der

Rubrik „Ausland“ mitlaufen lassen. Das ist aus Sicht der VEJ im heutigen Europa, dass die Innenpolitik der Mitgliedsländer bis zu 80 Prozent mitbestimmt, nicht angemessen.

Die Mitglieder des VEJ fühlen sich europäischen Werten verpflichtet. Sie kennen die kulturellen Grundlagen der europäischen Identität und sind dabei durchaus europakritisch eingestellt. Zugleich sehen sie eine der größten Gefahren darin, dass antieuropäische Kräfte vom rechten und linken Rand europäische Entscheidungen beeinflussen beziehungsweise so an Bedeutung gewinnen, dass Europa nicht mehr den Mut zur weiteren Integration aufbringt. Die Sorge der Bürger vor Unüberschaubarkeit und Grenzenlosigkeit der Europäischen Union ist groß. Nicht nur an Stammtischen wird heute leichtfertig die Parole ausgegeben, man hätte Griechenland nie in die EU aufnehmen dürfen. Zur zeitnahen Lösung der Krise ist es umso wichtiger, dass sich europäische Politik auf ihre Kernaufgaben, zum Beispiel das Erreichen von Finanzdisziplin, konzentriert und die *gemeinsamen* Probleme bewältigt. Die Prinzipien der Subsidiarität und der Transparenz, wie das öffentliche Tagen von EU-Gremien, werden durch die Regeln des Lissabon-Vertrages gestärkt. Transparenter wird Europa aber nur, wenn die Presse den Gewinn an politischen Inhalten und Debatten dem Bürger in Schrift, Ton und Bild vermittelt und bewertet. So leisten Medien einen Beitrag zu mehr Bürgernähe und zum besseren Verständnis von Politik. Mit anti-europäischer Stimmungsmache und der Betonung nationaler Interessen werden Journalisten ihrer Verantwortung nicht gerecht.